



Es gilt das gesprochene Wort.

Sie entscheiden nicht mehr selbst, was bei Ihnen auf den Teller kommt!

NR Isabelle Moret, Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (FIAL)

Sehr geehrte Damen und Herren

Auf den ersten Blick klingt die Initiative «Grüne Wirtschaft» der Grünen Partei sehr verführerisch. Wer würde nicht eine Wirtschaft wollen, die ihrer Umwelt gegenüber verantwortungsvoll und fürsorglich handelt? Wer würde der nachkommenden Generation nicht eine Welt in einem besseren Zustand hinterlassen wollen? Niemand. Aber sobald man sich mit den Forderungen der Grünen tiefer auseinandersetzt, schraubt man die eigenen Ansprüche wieder ein bisschen zurück. Und all die schönen Versprechen werden von der harten Realität eingeholt.

Die Grünen wollen unseren ökologischen Fussabdruck bis ins Jahr 2050 auf eins reduzieren. Das Konzept des ökologischen Fussabdrucks wird aber von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern immer wieder stark infrage gestellt. Es ist ein sehr komplexes Werkzeug – einige sprechen gar von einer Blackbox –, das nicht weniger als 4000 Inputs und über 10'000 Rechnungen umfasst und das gemäss diversen Experten konzeptionelle Schwächen aufweist. Und wir sollen nun dieses höchst umstrittene Konzept des ökologischen Fussabdrucks, das von einer privaten Organisation erarbeitet wurde, in unserer Bundesverfassung verankern? Erlauben Sie mir, Ihnen zu sagen, dass unsere Verfassung kein Sammelurium für die politischen Parteien ist, um ihren Bekanntheitsgrad zu vergrössern oder um Wahlerfolge zu stützen. Kein anderes Land auf dieser Welt kennt eine derartige Verfassungsbestimmung, wie sie uns die Grünen auferlegen wollen. Zwar beziehen sich die Grünen in ihrer Argumentation auch oft auf die Ziele der Europäischen Union. Es handelt sich dabei aber lediglich um einen Fahrplan, der keine verpflichtenden Vorschriften und Regulierungsmassnahmen beinhaltet. Die Initiative der Grünen hat dagegen verpflichtende Konsequenzen für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unternehmen dieses Landes, die – und ich möchte Sie nochmals kurz daran erinnern – stehen schon heute unter enormem Druck. Sei es im internationalen Umfeld mit dem starken Franken oder mit den allgemeinen Herausforderungen im teuren Produktionsstandort Schweiz.

Als Präsidentin der Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien möchte ich betonen, dass die Auswirkungen der Initiative der Grünen äusserst schmerzhaft wären. So-



wohl ein Studienbericht des Bundesamts für Umwelt als auch die Botschaft des Bundesrats belegen, dass die Initiative der Grünen die Schweiz dazu verpflichtet, den Ressourcenverbrauch um mindestens 65 Prozent zu senken! Selbst wenn wir rasche und drastische Massnahmen umsetzen, könnten wir höchstens 40 Prozent über Effizienzfortschritte im gewünschten Zeitrahmen einsparen. Die restlichen 25 Prozent sind nur über Konsumverzicht zu erreichen. Aus diesem Grund stuft der Bundesrat die Initiative klar als nicht umsetzbar ein.

In Bezug auf den Konsum müssen die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit höheren Preisen rechnen – insbesondere im Nahrungsmittelbereich. Denn es gibt viele Produkte, die bei der Herstellung sehr viel Energie benötigen. Betroffen sind insbesondere Milchprodukte und Fleisch. Aber diese Preiserhöhungen scheinen die Grünen und ihnen nahestehende Organisationen angeblich nicht zu stören. Im Juli haben Verbände wie Greenpeace bereits von einer Steuer «in der Höhe von 20 bis 30 Prozent am Anfang, danach 100 Prozent, sollte sie nicht den gewünschten Effekt erzielen» gesprochen (Quelle: «Le Matin» vom 12. Juli 2016). Wenn wir die Argumentation der Grünen bis zum Ende folgen, werden wir auch den Import von einzelnen Nahrungsmitteln verbieten müssen, da der Transport der Nahrungsmittel einen grossen Einfluss auf die Umweltbelastung hat – wie zum Beispiel der Kaffee, der Kakao oder exotische Früchte. Stellen Sie sich vor, was unser Land der Schokolade ohne den Import von Kakao machen würde!

Wir könnten an dieser Stelle noch unzählige weitere Beispiele nennen. Und die Studie des Bundesamts für Umwelt, auf die ich mich hier beziehe, hat einen Katalog mit verschiedenen Massnahmen zusammengestellt, die wir ergreifen müssten im Bereich Konsum. Fakt ist: Konsumentinnen und Konsumenten werden mit der Initiative bevormundet. Sie können nicht mehr selbst entscheiden, was auf ihren Teller kommt!

Es ist wichtig zu wissen, dass die Schweiz – mitsamt ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren Unternehmen – in den letzten Jahren alles andere als untätig gewesen ist in Sachen Umweltschutz. Seit dem Jahr 2010 gibt es in unserem Land einen sogenannten Masterplan Cleantech, der entscheidet, welche Massnahmen wir ergreifen müssen in Bezug auf eine grüne Wirtschaft. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer haben den Weg des Bundesrats eingeschlagen und haben erfolgreich neue umweltfreundliche Technologien auf die Märkte gebracht, sich in Nischenmärkten positionieren können und das schweizerische Know-how in die Welt hinausgetragen.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass sich die Schweiz in unterschiedlichen internationalen Rankings immer wieder auf den ersten Plätzen wiederfindet, wenn es um Ressourceneffizienz oder Recycling geht. Auf diesem Erfolgspfad wurden Arbeitsplätze ge-



fial
Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien
Fédération des Industries Alimentaires Suisses
Federazione delle Industrie Alimentari Svizzere



schaffen, und dies ohne ausufernde Zwänge, ohne hohe Steuern als Ansporn, ohne ein Bürokratiemonster und ohne eine Planwirtschaft, von der die Grünen träumen.

Wenn es um eine grüne Wirtschaft geht, so hat die Schweiz den Weg bereits eingeschlagen. Wir müssen unbedingt auch weiter auf diesem Weg bleiben. In der Realität werden die Grünen mit ihrer Initiative diese Dynamik aber nur kaputt machen und dem Staat die Alleinherrschaft überlassen.

Meine Damen und Herren, die Initiative der Grünen verfolgt ein wichtiges Anliegen, schießt aber komplett über das Ziel hinaus. Die vorgesehenen Massnahmen und die starre Zeitachse sind zu radikal und zu streng und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Diese Initiative wird auch neue Hürden für den Handel gegenüber anderen Staaten aufstellen, die sich nicht den zwingenden Vorschriften der Initiative beugen müssen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.